

Stand: 25.06.2026 07:32:18

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/44

"Entlastung der Staatsregierung aufgrund der Haushaltsrechnung des Freistaats Bayern für das Haushaltsjahr 2012"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/44 vom 21.10.2013
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/2301 des HA vom 05.06.2014
3. Beschluss des Plenums 17/2433 vom 26.06.2014
4. Plenarprotokoll Nr. 20 vom 26.06.2014



Antrag

der Staatsregierung

Entlastung der Staatsregierung aufgrund der Haushaltsrechnung des Freistaats Bayern für das Haushaltsjahr 2012

Der Landtag wolle beschließen:

Aufgrund der Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2012 und des Jahresberichts 2014 des Bayerischen Obersten Rechnungshofs wird der Staatsregierung gemäß Art. 80 der Verfassung des Freistaats Bayern und Art. 114 Abs. 2 der Bayerischen Haushaltsordnung (BayHO) für das Haushaltsjahr 2012 Entlastung erteilt.

Begründung:

Gemäß Art. 80 der Verfassung des Freistaats Bayern in Verbindung mit Art. 114 BayHO wurde dem Landtag die Haushaltsrechnung des Freistaats Bayern für das Haushaltsjahr 2012 samt Anlagen übersandt*).

Der Bayerische Oberste Rechnungshof, dem gleichzeitig Ausfertigungen der Haushaltsrechnungen übersandt wurden, legt gemäß Art. 114 Abs. 1 BayHO seinen Bericht über die Rechnungsprüfung (Art. 97 BayHO) und seine Einzelrechnung dem Landtag unmittelbar vor.

Im Abschlussbericht*) zur Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2012 wurde eine ausführliche Darstellung über die staatliche Haushaltsführung gegeben.

Zusätzlich wurde die Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2012 auch auf CD-ROM vorgelegt.

Der nach Art. 3a Abs. 2 des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder der Staatsregierung vorzulegende Bericht über die Zugehörigkeit von Mitgliedern der Staatsregierung zu Gesellschaftsorganen im Jahr 2012 wurde ebenfalls vorgelegt.

*) Von einem Abdruck wurde Abstand genommen.

Die Haushaltsrechnung ist darüber hinaus im Internet unter <http://www.stmf.bayern.de/haushalt/haushaltsrechnungen> abrufbar



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

Antrag der Staatsregierung

Drs. 17/44

Entlastung der Staatsregierung aufgrund der Haushaltsrechnung des Freistaats Bayern für das Haushaltsjahr 2012

I. Beschlussempfehlung:

1. Aufgrund der Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2012 und des Jahresberichts 2014 des Bayerischen Obersten Rechnungshofs wird der Staatsregierung gemäß Art. 80 der Verfassung des Freistaates Bayern und Art. 114 Abs. 2 der Bayerischen Haushaltsordnung (BayHO) für das Haushaltsjahr 2012 Entlastung erteilt.
2. Die Staatsregierung wird gemäß Art. 114 Abs. 3 und 4 der BayHO ersucht,
 - a) ergänzend zum Landtagsbeschluss vom 11.10.1995 künftig beim Einsatz regenerativer Energien auch den Grundsatz der Wirtschaftlichkeit zu beachten. (TNr. 12 des ORH-Berichts),
 - b) die Verantwortlichkeiten für die Mehrkosten beim Dienstleistungszentrum des Finanzamts München aufzuklären und die erforderlichen Konsequenzen zu ziehen sowie, insbesondere bei Glasfassaden Architektur, Haustechnik und Nutzung vom Entwurf bis zum Betrieb künftig gemeinsam zu betrachten.
Dem Landtag ist bis zum 30.11.2014 zu berichten (TNr. 13 des ORH-Berichts),
 - c) die Bewirtschaftung des Feuerwehrerholungsheims Bayerisch Gmain unter Berücksichtigung des Haushaltsvermerks zu Kap. 03 23 Tit. 124 01 vertraglich zu regeln.
Dem Landtag ist bis zum 30.11.2015 zu berichten (TNr. 14 des ORH-Berichts).
- d) die Förderung zielgerichtet und wirksam zu gestalten und auf förderfähige Strukturen hinzuwirken. Im Bericht ist auch darauf einzugehen in welchen Fällen die Staatsregierung eine Rückforderung für nötig hält.
Dem Landtag ist bis zum 30.11.2015 zu berichten (TNr. 15 des ORH-Berichts).
- e) die Fördertatbestände für Kinder- und Jugendtheater klar zu fassen und darüber sowie über die Entwicklung der Förderung (insbesondere beim Münchner Theater für Kinder) bis zum 30.11.2014 zu berichten (TNr. 16 des ORH-Berichts).
- f) sicherzustellen, dass die Steuererklärungen aller Personengesellschaften durchgängig elektronisch bearbeitet werden können. Dem Landtag ist bis zum 30.11.2015 zu berichten (TNr. 17 des ORH-Berichts).
- g) sicherzustellen, dass die Bearbeitung von Risikohinweisen bei der Arbeitnehmerveranlagung deutlich verbessert und das Controlling intensiviert wird.
Dem Landtag ist bis zum 30.11.2015 zu berichten (TNr. 18 des ORH-Berichts).
- h) sicherzustellen, dass die Veranlagung der Erbschaft- und Schenkungsteuer zeitnah erfolgt und alle Möglichkeiten zur Beschleunigung des Verfahrens genutzt werden.
Dem Landtag ist bis zum 30.11.2014 zu berichten (TNr. 19 des ORH-Berichts).
- i) sicherzustellen, dass Gewinne aus Betriebsveräußerungen zeitnah und zutreffend besteuert werden.
Dem Landtag ist bis zum 30.11.2014 zu berichten (TNr. 20 des ORH-Berichts).
- j) zu prüfen ob und inwieweit die freien finanziellen Ressourcen der Siedlungswerk Nürnberg GmbH für den Bau von Staatsbedienstetenwohnungen im Großraum München herangezogen werden können.
Dem Landtag ist bis zum 30.11.2014 zu berichten (TNr. 21 des ORH-Berichts).

3. Der Landtag stellt gemäß Art. 114 Abs. 2 der BayHO fest, dass entgegen der Zusage des Staatsministeriums der Finanzen aus dem Jahr 2010 ein funktionierendes IT-Verfahren für die Steuererklärungen großer Personengesellschaften immer noch nicht im Einsatz ist (TNr. 17 des ORH-Berichts).

Berichtersteller: **Hans Herold**
Mitberichtersteller: **Volkmar Halbleib**

II. Bericht:

1. Der Antrag der Staatsregierung Drs. 17/44 dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag der Staatsregierung Drs. 1/44 und den Jahresbericht 2013 in seiner 29. Sitzung am 5. Juni 2014 beraten und mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Zustimmung
SPD: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
B90/GRÜ: Ablehnung
E n t l a s t u n g erteilt.

Die Ersuchen in Nummern 2 a), b), d) – j) und Nr. 3. der Beschlussempfehlung wurden e i n s t i m m i g beschlossen.

Das Ersuchen in Nr. 2 c) wurde mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Zustimmung
SPD: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
B90/GRÜ: Ablehnung
beschlossen.

Peter Winter
Vorsitzender



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Staatsregierung

Drs. 17/44, 17/2301

Entlastung der Staatsregierung aufgrund der Haushaltsrechnung des Freistaats Bayern für das Haushaltsjahr 2012

1. Aufgrund der Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2012 und des Jahresberichts 2014 des Bayerischen Obersten Rechnungshofs wird der Staatsregierung gemäß Art. 80 der Verfassung des Freistaates Bayern und Art. 114 Abs. 2 der Bayerischen Haushaltsordnung (BayHO) für das Haushaltsjahr 2012 Entlastung erteilt.
2. Die Staatsregierung wird gemäß Art. 114 Abs. 3 und 4 der BayHO ersucht,
 - a) ergänzend zum Landtagsbeschluss vom 11.10.1995 künftig beim Einsatz regenerativer Energien auch den Grundsatz der Wirtschaftlichkeit zu beachten. (TNr. 12 des ORH-Berichts),
 - b) die Verantwortlichkeiten für die Mehrkosten beim Dienstleistungszentrum des Finanzamts München aufzuklären und die erforderlichen Konsequenzen zu ziehen sowie, insbesondere bei Glasfassaden Architektur, Haustechnik und Nutzung vom Entwurf bis zum Betrieb künftig gemeinsam zu betrachten.
Dem Landtag ist bis zum 30.11.2014 zu berichten (TNr. 13 des ORH-Berichts),
 - c) die Bewirtschaftung des Feuerwehrerholungsheims Bayerisch Gmain unter Berücksichtigung des Haushaltsvermerks zu Kap. 03 23 Tit. 124 01 vertraglich zu regeln.
Dem Landtag ist bis zum 30.11.2015 zu berichten (TNr. 14 des ORH-Berichts).
 - d) die Förderung zielgerichtet und wirksam zu gestalten und auf förderfähige Strukturen hinzuwirken. Im Bericht ist auch darauf einzugehen in welchen Fällen die Staatsregierung eine Rückforderung für nötig hält.
Dem Landtag ist bis zum 30.11.2015 zu berichten (TNr. 15 des ORH-Berichts).

- e) die Fördertatbestände für Kinder- und Jugendtheater klar zu fassen und darüber sowie über die Entwicklung der Förderung (insbesondere beim Münchner Theater für Kinder) bis zum 30.11.2014 zu berichten (TNr. 16 des ORH-Berichts).
 - f) sicherzustellen, dass die Steuererklärungen aller Personengesellschaften durchgängig elektronisch bearbeitet werden können. Dem Landtag ist bis zum 30.11.2015 zu berichten (TNr. 17 des ORH-Berichts).
 - g) sicherzustellen, dass die Bearbeitung von Risikohinweisen bei der Arbeitnehmerveranlagung deutlich verbessert und das Controlling intensiviert wird.
Dem Landtag ist bis zum 30.11.2015 zu berichten (TNr. 18 des ORH-Berichts).
 - h) sicherzustellen, dass die Veranlagung der Erbschaft- und Schenkungsteuer zeitnah erfolgt und alle Möglichkeiten zur Beschleunigung des Verfahrens genutzt werden. Dem Landtag ist bis zum 30.11.2014 zu berichten (TNr. 19 des ORH-Berichts).
 - i) sicherzustellen, dass Gewinne aus Betriebsveräußerungen zeitnah und zutreffend besteuert werden.
Dem Landtag ist bis zum 30.11.2014 zu berichten (TNr. 20 des ORH-Berichts).
 - j) zu prüfen ob und inwieweit die freien finanziellen Ressourcen der Siedlungswerk Nürnberg GmbH für den Bau von Staatsbedienstetenwohnungen im Großraum München herangezogen werden können.
Dem Landtag ist bis zum 30.11.2014 zu berichten (TNr. 21 des ORH-Berichts).
3. Der Landtag stellt gemäß Art. 114 Abs. 2 der BayHO fest, dass entgegen der Zusage des Staatsministeriums der Finanzen aus dem Jahr 2010 ein funktionierendes IT-Verfahren für die Steuererklärungen großer Personengesellschaften immer noch nicht im Einsatz ist (TNr. 17 des ORH-Berichts).

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Dritter Vizepräsident Peter Meyer

Abg. Hans Herold

Präsidentin Barbara Stamm

Abg. Reinhold Strobl

Abg. Bernhard Pohl

Abg. Claudia Stamm

Staatsminister Dr. Markus Söder

Abg. Thomas Mütze

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Ich rufe die **Tagesordnungspunkte 2 und 3** auf:

Antrag der Staatsregierung

Entlastung der Staatsregierung aufgrund der Haushaltsrechnung des Freistaats Bayern für das Haushaltsjahr 2012 (Drs. 17/44)

und

Antrag des Bayerischen Obersten Rechnungshofes

auf Entlastung aufgrund des Beitrags zur Haushaltsrechnung 2012 für den Einzelplan 11 (Drs. 17/52)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Dazu begrüße ich auf der Ehrentribüne den Präsidenten des Obersten Rechnungshofs, Herrn Dr. Heinz Fischer-Heidlberger. Seien Sie uns herzlich willkommen.

(Allgemeiner Beifall)

Im Ältestenrat wurde eine Redezeit von zehn Minuten pro Fraktion vereinbart. Als erster Redner hat Herr Kollege Herold für die CSU-Fraktion das Wort.

Hans Herold (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Gleich zu Beginn meiner Rede die entscheidende Botschaft: Der Bayerische Oberste Rechnungshof bescheinigt unserer Bayerischen Staatsregierung eine geordnete Haushalts- und Wirtschaftsführung.

(Beifall bei der CSU)

Deswegen sage ich unserer Staatsregierung ein großes Dankeschön und eine hohe Anerkennung für diese vorbildliche und immer wieder zukunftsorientierte Finanzpolitik. Diese nachhaltige Finanzpolitik ist, wie ich meine, seit vielen Jahren das große Markenzeichen unseres Freistaates Bayern. Sie ist auch – das möchte ich ausdrücklich betonen – einmalig in Deutschland und in Europa. Deswegen geht stellvertretend ein

ganz besonderes Dankeschön an unseren Finanzminister Dr. Markus Söder, aber auch an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Staatsverwaltung.

(Beifall bei der CSU)

Ein ganz besonderer Dank gilt natürlich auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Obersten Rechnungshofes für die wichtige Arbeit, die sie leisten. Stellvertretend für sie gilt dieses Dankeschön Ihnen, Herr Präsident Dr. Fischer-Heidlberger. Herzlichen Dank dafür!

Meine sehr verehrten Damen und Herren, gerade die Berichte und Anregungen des ORH sind für uns immer wieder wichtige Unterstützungsinstrumente bei der Ausübung unserer parlamentarischen Kontrollrechte. Die Beanstandungen und Berichte sind im zuständigen Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen sehr ausführlich behandelt und diskutiert worden. Der ORH-Bericht 2014 enthält im allgemeinen haushalts- und finanzwirtschaftlichen Teil keine Beanstandungen. Deswegen trage ich meinen Hinweis wirklich noch einmal sehr offensiv vor: Bayern ist und bleibt das Land mit den solidesten Staatsfinanzen, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall bei Abgeordneten der CSU – Volkmar Halbleib (SPD): Verhaltener Beifall!)

Der ORH empfiehlt, den Haushalt in Erwartung konjunkturell positiver Phasen ohne Entnahmen aus der Rücklage auszugleichen. Auch das ist ein wichtiger Hinweis. Zudem unterstreicht der ORH, dass ein langfristiger Schuldenabbau gelingt, wenn die Ausgaben schon bei der Haushaltsaufstellung unter den Einnahmen liegen. Meine Damen und Herren, ich möchte noch ergänzen: Ein Schuldenabbau gelingt auch dann, wenn wir am Länderfinanzausgleich etwas verändern. Das möchte ich ausdrücklich betonen. Der Anteil des Freistaates Bayern am Länderfinanzausgleich liegt derzeit bei 55 %. Das heißt konkret, in Zahlen ausgedrückt: Seit dem Jahr 1990 haben wir 3,4 Milliarden Euro bekommen und insgesamt 47,7 Milliarden Euro einbezahlt - mit steigender Tendenz.

Der Schuldenabbau wird vom ORH immer wieder gefordert. Da sind wir aber auch sehr vorbildlich. Sie wissen alle, dass die Tilgungen in den Jahren 2012 und 2013 mit jeweils einer Milliarde Euro die größten Tilgungen in der jüngeren Haushaltsgeschichte Bayerns waren. Im Jahr 2014 werden nochmals circa 540 Millionen Euro Schulden abgebaut. Das heißt, dass wir innerhalb von drei Jahren circa 2,54 Milliarden Euro an Schulden getilgt haben. Das sind immerhin über 11 % des bayerischen Schuldenstandes.

(Volkmar Halbleib (SPD): Dafür haben Sie den Versorgungsfonds zerschlagen!
Linke Tasche, rechte Tasche!)

- Ganz ruhig bleiben, Herr Kollege! Allein die Zinseinsparungen aus diesen Tilgungen werden sich bis Ende 2030 auf rund 1,3 Milliarden Euro summieren. Deshalb meine Frage, lieber Kollege Halbleib: Können Sie mir ein anderes Land in Deutschland oder auch in Europa nennen, welches eine so solide Finanzsituation aufweisen kann wie Bayern? Sie werden keines finden, lieber Herr Kollege.

(Beifall bei der CSU – Volkmar Halbleib (SPD): Wie bei der Landesbank! Da kann ich ihnen einige nennen!)

Meine Damen und Herren, zur weiteren Fortführung unserer wirklich sehr verantwortungsbewussten Finanzpolitik werden die Staatsregierung und die CSU-Fraktion im Doppelhaushalt 2015/2016 den Ausgabenzuwachs auf jeweils 3 % pro Jahr begrenzen. Natürlich werden wir auch die Personalausgabenquote stabilisieren.

Wichtig sind unsere nach wie vor guten Haushaltsreserven. Die Risikovorsorge beläuft sich Ende 2014 auf voraussichtlich 3 Milliarden Euro. Ganz besonders wichtig ist - da sind wir wirklich äußerst vorbildlich -, dass wir keine Neuverschuldung vornehmen. Seit dem Jahr 2006 hat der Freistaat Bayern im allgemeinen Haushalt keine Neuverschuldung vorgenommen. In anderen Bundesländern sieht es, wie Sie alle am besten wissen, ganz anders aus.

Die solide Finanzpolitik in Bayern zeigt auch ein anderer Vergleich, den ich heute ganz kurz ansprechen möchte. Herr Kollege, passen Sie gut auf.

(Volkmar Halbleib (SPD): 10 Milliarden neue Schulden! – Gegenruf von Staatssekretär Franz Josef Pschierer: Das stimmt nicht! Nicht im Staatshaushalt!)

- Kollege Halbleib, hier müssen Sie wirklich aufpassen, das ist ganz wichtig für Sie. Der Schuldenprimus und Empfänger – ich betone Empfänger – im Länderfinanzausgleich, das von der Ministerpräsidentin Hannelore Kraft regierte Bundesland Nordrhein-Westfalen, hat mit rund 12.000 Euro eine viermal so hohe Pro-Kopf-Verschuldung wie der Freistaat Bayern. Diese Zahlen müssen in der Öffentlichkeit immer wieder genannt werden.

(Volkmar Halbleib (SPD): Die zahlen auch in den Länderfinanzausgleich ein!)

Nordrhein-Westfalen wird im Jahr 2014 eine Neuverschuldung in Höhe von 2,4 Milliarden Euro vornehmen müssen. Das ist in Zeiten, in denen so hohe Steuereinnahmen fließen, eine unverantwortliche Finanzpolitik.

(Beifall bei der CSU – Volkmar Halbleib (SPD): Wenn ihr die gleichen Strukturprobleme hättet wie NRW, hättet ihr genau das gleiche Ergebnis! So ein Quatsch!)

Deswegen sage ich heute sehr selbstbewusst: Der Hinweis des ORH in Bezug auf eine solide Finanzpolitik wird von der Bayerischen Staatsregierung seit vielen Jahren beachtet. Mit unserer zukunftsorientierten Finanzpolitik sind wir die Nummer eins in Deutschland und ein großes Vorbild in ganz Europa.

Aufgrund der positiven Entwicklung in Bayern müssen wir unseren tüchtigen Bürgerinnen und Bürgern danken; denn sie tragen entscheidenden Anteil daran. Liebe Kollegen Volkmar Halbleib und Reinhold Strobl, auch wenn es der Opposition sehr schwerfällt, müssen wir diese gute Politik anerkennen. Der Kollege Pohl von den FREIEN WÄHLERN hat es im Haushaltsausschuss zumindest ein bisschen angedeutet. Dafür ein herzliches Dankeschön, Herr Pohl.

(Beifall bei der CSU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, gerade aufgrund dieser nachhaltigen Finanzpolitik vererben wir unseren Kindern nicht Schulden, sondern Zukunftschancen.

Eine weitere Forderung des ORH – dazu stehe ich auch – war immer wieder, die Prüfungsdienste in der bayerischen Steuerverwaltung zu stärken. Dafür wurde in den letzten Jahren sehr viel getan. Ich möchte Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, nur darüber informieren, dass wir momentan ungefähr 2.000 Anwärter an unseren Finanzschulen bzw. an der Beamtenfachhochschule ausbilden. Das ist auch ein gutes Signal für die Personalsituation an unseren Finanzämtern. Bayern hat gegenüber anderen Ländern eine hohe Steuerdeckungsquote zu verzeichnen. Deswegen richte auch ich ausdrücklich ein ganz besonders Dankeschön an unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der bayerischen Steuerverwaltung und der Finanzämter.

(Beifall bei der CSU)

Sehr verehrte Damen und Herren, erlauben Sie mir ein abschließendes Fazit. In Bayern investieren wir lieber, als wie viele andere Bundesländer Geld für Schuldzinsen auszugeben. Bayern hat aufgrund seiner niedrigen Ausgaben für Schuldzinsen einen großen Investitionsvorsprung. Das möchte ich deutlich hervorheben. Mit dem weiteren Schuldenabbau werden wir diesen Vorsprung noch ausbauen. Unser finanzpolitischer Kurs hat sich bewährt. Schuldentilgung auf der einen Seite und hohe investive Ausgaben auf der anderen Seite sowie die Bildung von Rücklagen schaffen ein festes Fundament für eine erfolgreiche Zukunft für uns in Bayern. Damit ist Bayern das Stabilitätsland Nummer eins und das Wachstumsland Nummer eins in Deutschland.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mit der weitestgehenden Umsetzung der Anregungen des Obersten Rechnungshofs wollen wir auch künftig gewährleisten, dass diese soeben von mir erwähnte gute und erfolgreiche bayerische Haushaltsführung weiter optimiert wird und der Freistaat Bayern weiterhin solide Finanzen aufweisen kann. Die CSU-Fraktion wird daher der Entlastung der Staatsregierung aufgrund der Haushalts-

rechnung des Freistaats Bayern für das Jahr 2012 mit, wie ich betone, großer Überzeugung zustimmen.

Abschließend darf ich Sie um Zustimmung zum Antrag des Bayerischen Obersten Rechnungshofs auf Entlastung aufgrund des Beitrags zur Haushaltsrechnung 2012 für den Einzelplan 11 bitten. Er wurde im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen am 5. Juni 2014 behandelt und dem Landtag zur Zustimmung empfohlen. – Ich bedanke mich sehr herzlich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege Herold. Die nächste Wortmeldung kommt von Herrn Kollegen Strobl. Bitte schön.

Reinhold Strobl (SPD): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es war nicht anders zu erwarten: Wir haben soeben ein Loblied auf die angeblich gute Politik der Staatsregierung gehört.

(Hans Herold (CSU): Zu Recht!)

- Wir haben nie gesagt, dass alles schlecht ist. Aber man darf vor lauter Lobhudelei nicht die Augen gegenüber Verbesserungswürdigem verschließen.

(Beifall bei der SPD)

Zunächst darf ich mich für die SPD-Landtagsfraktion beim Obersten Rechnungshof und seinem Präsidenten, Herrn Fischer-Heidlberger, für die hervorragende Arbeit, die Sie regelmäßig leisten, bedanken. Unser herzlicher Dank und unsere Anerkennung gelten dem Obersten Rechnungshof für seine Arbeit. Wir werden der Entlastung des Obersten Rechnungshofs zustimmen.

Der Bayerischen Staatsregierung können wir jedoch für das Haushaltsjahr 2012 keine Entlastung erteilen; das wird Sie nicht verwundern. Alle Punkte anzusprechen ist im

Rahmen der vereinbarten Zeit nicht möglich, aber auf einige Punkte gehe ich trotzdem ein.

Beginnen wir mit der Steuerverwaltung. Hier bleibt die Staatsregierung in der Tradition des Dauersünders. Der Oberste Rechnungshof hat bereits in vielen Jahresberichten auf die angespannte Personalsituation in der Steuerverwaltung hingewiesen und Verbesserungen angemahnt. Bayern nimmt in der Personalausstattung beim Vergleich mit den anderen Bundesländern seit Jahren einen der hinteren Plätze ein. Das wissen Sie doch auch. Nach wie vor bestehen in der Steuerverwaltung viele Defizite. Jahr um Jahr kommen Beanstandungen hinsichtlich der bayerischen Steuerverwaltung hinzu, und Sie kommen ihren Kernaufgaben nicht nach.

(Beifall bei der SPD)

Ich frage mich nur, warum sich das eigentlich so verhält. Mir ist überhaupt nicht einsehlich, warum Sie sich hier immer wieder verweigern. Finanzbeamte würden sich doch selbst finanzieren; wo liegt denn das Problem? Warum wollen Sie nicht, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU?

(Hans Herold (CSU): 2.000 Anwärter!)

Nach dem Haushaltsplan 2014 stehen 16.600 Stellen zur Verfügung. Zum 1. Januar 2014 waren 14.791 Stellen tatsächlich besetzt. Die Differenz zwischen den vorhandenen Arbeitskräften zu den Planstellen beträgt 1.809 Vollzeitkräfte. Die Unterbesetzung hat sich von 9,4 % im Jahr 2010 auf 11,7 % im Jahr 2012 erhöht und ist bis 2014 leicht auf 10,9 % gesunken. Die Unterbesetzung in den Prüfungsdiensten, also in der Betriebsprüfung, der Steuerfahndung, der Umsatzsteuer-Sonderprüfung und der Lohnsteueraußenprüfung spiegelt sich in folgenden Zahlen: 18,5 % im Jahr 2010, 21,8 % im Jahr 2011, 25,9 % im Jahr 2012, 27,1 % im Jahr 2013 und 26,2 % im Jahr 2014. Diese Zahlen dürfen doch einen Finanzminister nicht ruhig lassen. Diese Zahlen müssen den Finanzminister umtreiben. Diese Zahlen sind katastrophal, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

All dies hat mit steuerlicher Gleichbehandlung zu tun. Wir haben zwar mehr Steuereinnahmen zu verzeichnen. Steuereinnahmen dürfen aber nicht dazu führen, dass das Ziel der Steuergerechtigkeit, einer gerechten Besteuerung von Einkommen und Vermögen, aus den Augen verloren wird. Dieses Ziel muss besser verfolgt werden.

(Beifall bei der SPD)

Wir sollten uns darüber einig sein, dass Steuerhinterziehung kein Kavaliersdelikt, sondern strafbares Unrecht ist. Nach wie vor gehen dem Fiskus jedes Jahr Milliarden Euro durch Steuerhinterziehung verloren, auch wenn hier in Bayern infolge des Ankaufs von Steuer-CDs durch sozialdemokratisch geführte Länder Tausende von Selbstanzeigen erstattet worden sind.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der SPD: Bravo!)

Der bayerische Finanzminister wollte diesen Ankauf gar nicht. Deshalb schlägt der Oberste Rechnungshof zu Recht vor, den Personalmangel in den Finanzämtern entschiedener anzugehen und die Besetzung der offenen Stellen weiter voranzutreiben. Liebe Kolleginnen und Kollegen, hier wird an der falschen Stelle gespart.

(Beifall bei der SPD)

Mit mehr Mitarbeitern würden weitaus mehr Steuern eingenommen, als das zuständige Personal kosten würde. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU, mein Rat an Sie lautet: Sie könnten sich die Rügen des Obersten Rechnungshofs ersparen, wenn Sie die personelle Unterbesetzung endlich beseitigen würden.

(Beifall bei der SPD)

Wenden wir uns den Fonds zu. Die Fonds der Offensive Zukunft Bayern, zum Beispiel der Kulturfonds, der Naturschutzfonds, der Altlastensanierungsfonds, der Arbeitsmarkt- und Sozialfonds, sollten eigentlich durch einen hierfür zweckgebundenen Anteil

an der Dividendenausschüttung der BayernLB finanziert werden. Das ist jedoch wegen der wirtschaftlichen Lage der Bank derzeit nicht möglich. Die Fonds werden deshalb mit jährlich 29 Millionen Euro aus dem Haushalt finanziert. Die Ausgaben der Fonds sind überwiegend als Zuschüsse veranschlagt.

Zum Thema Verschuldung darf ich aus der Medieninformation des Bayerischen Obersten Rechnungshofs zitieren, in der sich Herr Präsident Fischer-Heidlberger wie folgt äußert:

... Mit dem Nachtragshaushalt 2014 wird ein neuer Rekord erreicht: 49,7 Mrd. € will die Staatsregierung in diesem Jahr ausgeben." Damit hätten sich die Ausgaben des Freistaats innerhalb der letzten zehn Jahre um über 44 % erhöht ... Fischer-Heidlberger: "Diesen rasanten Ausgabenzuwachs halte ich für bedenklich. Das süße Gift der stetig steigenden Steuereinnahmen darf die Staatsregierung nicht dazu verleiten, bei der Ausgabendisziplin alle Zügel schleifen zu lassen ... Darauf zu setzen, dass die gute Konjunktur auch in diesem Jahr wieder zusätzliche Steuereinnahmen in die Staatskasse spülen wird, um das im Nachtragshaushalt klaffende Haushaltsloch zu stopfen, ist kein gutes Beispiel für eine solide Haushaltspolitik. Die Stabilität des Haushalts und der angestrebte Schuldenabbau geraten so in Gefahr.

Die Verbindlichkeiten des Freistaats am Kreditmarkt betragen Ende 2012 noch 28 Milliarden Euro. Es ist kein Geheimnis, dass hier jährlich eine Milliarde Euro an Zinsen bezahlt werden muss. Die Vorgabe, die Verschuldung am Kreditmarkt bis 2030 vollständig abzubauen, lässt sich, selbst wenn sie sich allein auf den allgemeinen Haushalt bezieht, nur erreichen, wenn auch weiterhin jedes Jahr durchschnittlich eine Milliarde Euro an Schulden getilgt wird. Derzeit fällt dies der Staatsregierung dank der robusten Steuerdynamik mit Mehreinnahmen von rund 2,3 Milliarden Euro im Jahr 2013 relativ leicht. Doch was ist, wenn sich die gesamtwirtschaftliche Lage einmal verschlechtern sollte? Wird dann aus den Rücklagen getilgt? Was empfiehlt nun der ORH? – Er empfiehlt, von der Praxis mit höheren Ausgaben als Einnahmen zu

planen, wegzugehen und nicht darauf zu vertrauen, dass günstige konjunkturelle Entwicklungen für einen Ausgleich sorgen.

Zum Schluss noch kurz ein paar Worte zur Landesbank: Laut ORH hat die BayernLB noch keinen einzigen Euro des zugeführten Kapitals zurückgezahlt. Das muss man einmal festhalten. Durch die Probleme mit der HGAA und der MKB besteht ein erhebliches Risiko für die BayernLB und damit auch für die in Aussicht stehenden Zahlungen an die Staatskasse.

Zu dieser Finanzpolitik der Staatsregierung sagen wir entschieden Nein und werden der Entlastung der Staatsregierung daher nicht zustimmen. Der Entlastung des Bayerischen Obersten Rechnungshofes stimmen wir zu. - Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. - Jetzt erteile ich Herrn Kollegen Pohl das Wort. Bitte schön.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Frau Präsidentin, Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Präsident des Bayerischen Obersten Rechnungshofs! Ich darf es vorwegnehmen: Unsere Fraktion wird der Staatsregierung die Entlastung verweigern und dem Bayerischen Obersten Rechnungshof die Entlastung erteilen. So viel zum Ergebnis.

Herr Kollege Herold, Sie haben angesprochen, dass ich im Haushaltsausschuss die gesamtfINANZIELLE Lage des Freistaates Bayern als durchaus zufriedenstellend beurteilt habe. Ich habe auch gesagt, dass das natürlich den Menschen im Freistaat Bayern - den Unternehmen, den Arbeitnehmern, vielen Initiativen - zu verdanken ist, aber sicherlich auch der Bayerischen Staatsregierung und der Bundesregierung, weil uns die Rahmenbedingungen tatsächlich in eine Situation gebracht haben – das ist einfach richtig -, in der wir besser dastehen als andere. Nur, Herr Kollege Herold, darauf darf

man sich keinesfalls ausruhen. Wenn der FC Bayern nach erfolgreichen Spielzeiten sagen würde: "Wir haben so viele Titel gewonnen, jetzt können wir es uns bequem und behaglich machen", würde er sich schnell in der Realität wiederfinden.

Im Grunde genommen sind die Ergebnisse von heute die Resultate der Arbeit von gestern und vorgestern, und unsere jetzige Arbeit wird sich erst in ein, zwei oder drei Jahren widerspiegeln, weil die finanzielle Lage natürlich ein Spätindikator ist. Ich möchte hier den Schwerpunkt zunächst ganz deutlich auf die Einnahmenseite legen. Diesbezüglich mache ich mir schon Sorgen, denn all das, was ich über Solidität und Stabilität gesagt habe, kann sehr schnell ganz anders aussehen, wenn Steuereinnahmen wegbrechen oder sich plötzlich eine Altlast auftut, von der man vorher nichts gewusst hat. Sie wissen genau, wovon ich spreche. Ich spreche vom Jahr 2008, als wir in einer scheinbar finanziell stabilen und soliden Lage plötzlich mit einem Problem konfrontiert wurden, das damals eine Sprengkraft unabsehbaren Ausmaßes hatte; ich meine das Thema BayernLB.

Ich möchte das auch an dieser Stelle noch einmal sehr deutlich in Erinnerung rufen. Wir haben damals als frisch gewählte Parlamentarier in einer Hauruck-Aktion innerhalb weniger Wochen einen Sonderhaushalt in Höhe von 10 Milliarden Euro schnüren müssen, um die Bank vor der Pleite und den Freistaat Bayern, die Sparkassen und damit auch die Kommunen vor einem Desaster zu bewahren, das in der Spitze 100 Milliarden Euro hätte kosten können. Mit 100 Milliarden Euro on top wären wir ganz sicher nicht mehr der Musterknabe, sondern wir wären dann bei denjenigen gewesen, die sich hinten in der Rangliste der Länder befinden.

Die BayernLB ist nach wie vor ein Risiko. Sie haben es angesprochen, Herr Kollege Strobl: Die MKB Bank, die Hypo Group Alpe Adria sind Altlasten aus einer Zeit, in der die Bayerische Staatsregierung im Verwaltungsrat sehr übermütig war, um es einmal sehr vorsichtig auszudrücken, und in der die Bayerische Staatsregierung Risiken zu lasten des Freistaates eingegangen ist, an denen wir noch heute zu knabbern haben. Wenn es uns – das sage ich durchaus parteiübergreifend – in der letzten Legisla-

turperiode nicht gelungen wäre, die schlimmsten Konsequenzen in Sachen BayernLB zu vermeiden, würden wir heute eine ganz andere Sitzung bestreiten. Wir würden dann nicht darüber sprechen, wie wir eine Milliarde Mehreinnahmen sinnvoll verteilen, sondern über Kürzungen und Sparmaßnahmen.

Das kann uns irgendwann passieren, wenn die Steuereinnahmen einbrechen; deswegen der klare Appell: Schauen wir auf die Einnahmen. Stabile Steuereinnahmen bedeuten aus Sicht der FREIEN WÄHLER keine höheren Steuern, sondern Steueranreize zu schaffen, um denen etwas zurückzugeben, die Leistungen erbracht haben und dafür verantwortlich sind, dass wir diese tollen Steuereinnahmen haben.

Dazu gehört auch – ich habe es schon mehrfach angesprochen –, den Abbau der kalten Progression unverzüglich in die Hand zu nehmen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Zuruf des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

Ich weiß nicht, wo er sitzt; der Herr Kollege Reichhart hat sich in der Presse aus der Deckung gewagt. Leider hat er im Parlament den Anträgen der FREIEN WÄHLER nicht zugestimmt, dass die Bayerische Staatsregierung hier auf Bundesebene endlich etwas unternehmen soll. Man hört hinter vorgehaltener Hand aus der CSU-Fraktion, dass Sie unserer Meinung sind, aber leider trauen Sie sich nicht, dort, wo Sie Ihren Arbeitsplatz haben, das auch einmal offen zu sagen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

In einem demokratischen Parlament erwarte ich eigentlich schon, dass man zu seinen Überzeugungen steht und als Volksvertreter so abstimmt, wie man es im Wahlkampf und in Öffentlichkeit kundtut, meine Damen und Herren.

Wir werden dieses Thema jedenfalls weiter auf der Tagesordnung behalten; denn es ist wichtig, dass wir hier Anreize schaffen, um gute Steuereinnahmen zu verstetigen. Dazu gehört allerdings auch - Herr Kollege Strobl, diesbezüglich gebe ich Ihnen aus-

drücklich recht -, dass wir Steuergerechtigkeit in dem Sinne schaffen, dass sich nicht der eine oder andere durch Nichtzahlung von Steuern aus der Verantwortung stiehlt, weil kein Betriebsprüfer kommt. Hier haben wir ein Defizit, das können wir doch freiweg sagen. Die Einstellung von mehr Betriebsprüfern bringt mehr Steuereinnahmen; ich denke, das ist unstrittig. Deswegen meine ich, dass wir auch an dieser Stellschraube drehen können.

Wir haben einen Punkt, den ich an dieser Stelle auf jeden Fall noch ansprechen möchte. Der Haushalt ist in zweierlei Hinsicht ein Doppelhaushalt: Erstens, weil er über zwei Jahre geht, und zweitens, weil er nicht nur den Freistaat Bayern, also das Land, betrifft, sondern auch mittelbar die Kommunen. Deswegen sagen wir von den FREIEN WÄHLERN, dass es hier Verschiebungen geben muss, Verschiebungen zugunsten der Kommunen. Wir haben seit 2008 die Kommunalmilliarde gefordert, und das hat sich auch in unseren Anträgen widerspiegelt.

Herr Kollege Herold, deshalb ist es nicht ganz richtig und seriös, wenn Sie sagen, wir wollten mehr Schulden machen. Nein, wir wollen die vorhandenen Einnahmen anders verteilen. Herr Kollege Herold, Sie wissen genauso gut wie ich, dass wir in einen bestehenden Haushalt nicht durch Kürzungen eingreifen können, wenn Ausgaben beschlossen sind. Das versteht sich von selbst. Das geht nur bei einem Doppelhaushalt, nicht beim Nachtragshaushalt. Wir müssen die Situation der Kommunen im Blick haben. Für diese gilt ebenfalls die Schuldenbremse. Die Kommunen haben zwar eigene Einnahmemöglichkeiten, sind aber zum größten Teil von uns und unseren Einnahmen abhängig.

Das sind die Schwerpunkte, die die FREIEN WÄHLER setzen. Herr Kollege Winter, trotz des angenehmen Tons in den Haushaltsberatungen und der professionellen Ausschussleitung hat sich die Mehrheitsfraktion nicht die Mühe gemacht, sich sachlich mit den Vorschlägen anderer Fraktionen auseinanderzusetzen. Möglicherweise haben Sie nicht die Legitimation gehabt, vernünftigen Vorschlägen zuzustimmen, die es eigent-

lich aufgrund des freien Mandats geben sollte. Deswegen können wir auch an dieser Stelle keine Entlastung erteilen.

Dennoch danke ich für die Abwicklung der Sitzungen des Nachtragshaushalts. Noch einmal das Votum: keine Entlastung der Staatsregierung, wohl aber eine Entlastung für den Obersten Rechnungshof, dem ich für seine Arbeit an dieser Stelle ganz herzlich danke.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Barbara Stamm: Jetzt erteile ich der Abgeordneten Claudia Stamm das Wort. Bitte schön.

Claudia Stamm (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Präsident des Bayerischen Obersten Rechnungshofs, sehr geehrte Kollegen und sehr geehrte Kolleginnen! In der "Süddeutschen Zeitung" vom Dezember 2011 war zu lesen – ich darf zitieren:

Erst sah es nach einem kurzen, heftigen Sturm aus. Nun jedoch scheint sich das Klima zwischen Staatsregierung und Oberstem Rechnungshof (ORH) nachhaltig verfinstert zu haben. Ministerpräsident Horst Seehofer und sein Kabinett ließen am Dienstag eine regelrechte Hagelwalze über den Finanzkontrolleuren niedergehen.

Jetzt zum April dieses Jahres: Im "Münchner Merkur" war – nicht nur einmal – vom heftigen ausgetragenen Streit zwischen der Bayerischen Staatsregierung und dem ORH zu lesen. Eine immer wiederkehrende Geschichte: Der ORH legt einen Bericht vor. Die Staatsregierung fühlt sich zu Unrecht kritisiert und reagiert in einer Art und Weise, die nicht angebracht ist.

Zum 200. Geburtstag des Obersten Rechnungshofes hat der Ministerpräsident in seiner Rede Folgendes ausgeführt. Ich hoffe, dass die ersten beiden Sätze nicht ganz ernst gemeint waren. Ich zitiere:

Wir drehen jeden Euro zweimal um. Trotzdem leisten wir uns den Obersten Rechnungshof: unabhängig, unbequem, unbeugsam, mit einem klaren Prüfauftrag und ungemein kritisch... Wir in Bayern sind stolz auf den ORH.

(Beifall bei den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Herr Ministerpräsident, meinen Sie doch auch, was Sie in der Festrede sagen!

Ich zitiere weiter: "Den Rechnungshof zu achten und zu fürchten, gehört zur bayerischen Staatsräson." Das sind starke und profunde Worte: Den Rechnungshof zu achten und zu fürchten, gerät zur bayerischen Staatsräson. Ich wünsche mir mehr bayerische Staatsräson von dieser Bayerischen Staatsregierung.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Mit diesen Ihren Worten aus dem Jahr 2012 hätte es die neuere Diskussion über den ORH und die Art und Weise, wie diese geführt wurde, nicht geben dürfen.

In der Zweiten Lesung zum zweiten Nachtragshaushalt für das Jahr 2014 habe ich darauf hingewiesen, dass Behördenverlagerungen ein sehr ungewöhnliches pädagogisches Instrument sind. Sie sind einfach inakzeptabel.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Ich kann nur wiederholen, dass ich wirklich hoffe, dass das Treffen des Ministerpräsidenten, des Präsidenten des ORH und des Finanzministers diese Diskussionen nachhaltig vom Tisch gefegt haben und sich diese mit einem Jahresbericht des Bayerischen Obersten Rechnungshofes nicht wiederholen.

Was sagt der ORH in den Bemerkungen zum aktuellen Haushalt in Bayern? - Diese Bemerkungen bestätigen alles, was ich in der Ersten Lesung zum Nachtragshaushalt vorgetragen habe. Das Haushaltsvolumen ist rasant gestiegen. In anderen Bundesländern steigt das Haushaltsvolumen in fünf Jahren im Schnitt um 14 % – bei uns in Bayern um 31 %. Trotzdem steigt die versteckte Verschuldung. Stichwort: keine relevan-

ten Einzahlungen in einen Pensionsfonds, Sanierungsstau auf den Straßen und zu wenig Bauunterhalt.

Die Schulden sollen bis zum Jahr 2030 getilgt werden. Selbst wenn man die Landesbankschulden, wie es die CSU-Fraktion und die Staatsregierung tun, nicht berücksichtigt – eigentlich ist es unredlich, sie nicht miteinzurechnen –, wird die Schuldentilgung bei dem Tempo, das die Staatsregierung zurzeit vorlegt, nicht bis zum Jahr 2030, sondern erst im Jahr 2048 erfolgen. Aber: Es liegt immer noch kein Tilgungsplan vor. Die Steuern sprudeln, die Einnahmen steigen, und die angeblich so finanzkompetente CSU kommt mit dem Geld nicht aus.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Seriöse und nachhaltige Haushaltspolitik geht anders. Im aktuellen Jahresbericht geht es um das Haushaltsjahr 2012. Dort steht genau dasselbe. Ich zitiere von der Homepage des ORH. "Es klingt wie eine Binsenweisheit: Wer Schulden zurückzahlen will, darf nicht mehr ausgeben, als er einnimmt. Die Staatsregierung verfährt aber nach einem anderen Prinzip." Das heißt, 2012 wie auch 2014 gibt es bei der Aufstellung des Haushalts einen Finanzierungssaldo. Die Ausgaben liegen um einiges höher als die Einnahmen.

Was beim Haushalt 2012 besonders auffällt, sind die steigenden Ausgabereste. Das muss jeden hier in diesem Hohen Hause, vor allem diejenigen, die eigentlich die Budgethoheit innehaben, wirklich alarmieren. Die Summe der Ausgabereste hat im Jahr 2012 den Rekordwert von 4,3 Milliarden Euro erreicht. Das ist im Wesentlichen auf Verzögerungen bei Baumaßnahmen und bei Investitionsförderungen zurückzuführen. Bei Ausgaberesten handelt es sich jedoch um etwas, was nicht mehr durch das Hohe Haus geht. Das sind bei den Regionalisierungsmitteln für die Schiene gut 410 Millionen Euro. Für die Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs ergeben sich Ausgabereste in Höhe von 280 Millionen Euro. Diese Mittel sind für den Bau des Tunnels der zweiten S-Bahn-Stammstrecke vorgesehen. Wir können froh sein und von

Glück sprechen, dass dieses Projekt noch nicht realisiert ist, weil es finanziell nicht zu realisieren ist und wir eine andere Lösung für München brauchen, eine andere Stammstrecke. Durch das Geldhorten entsteht das Problem, dass gleichzeitig andere notwendige Ausgaben verzögert oder ausgebremst werden, Stichwort: barrierefreier Ausbau von Bahnhöfen. Damit könnte man schon etwas machen.

In jedem Bericht des Rechnungshofes ist die mangelnde Ausstattung der Finanzverwaltung – das haben wir schon vom Kollegen Strobl gehört – ein großes Thema. Das ist eigentlich nur beschämend. Entgegen allen Beteuerungen des Finanzministers ist die Unterbesetzung der Steuerverwaltung Tatsache. Die Steuerverwaltung ist massiv unterbesetzt.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Der Rechnungshof formuliert das knapp und eindeutig:

Der ORH hält es für erforderlich, den Personalmangel in den Finanzämtern unterschiedener anzugehen und die Besetzung der offenen Stellen weiter voranzutreiben. Nach Auffassung des ORH hilft es nicht weiter, Personal dahin umzuschichten, wo gerade der größte Mangel herrscht.

Dagegen hat Finanzminister Söder in der Haushaltsdebatte gesagt:

Nun zu den 1.800 Stellen, von denen immer wieder gesagt wird, dass sie nicht besetzt seien. Diese Stellen sind nicht einfach nicht besetzt, sondern sie sind für die Ausbildung, die Altersteilzeit und für viele Frauen reserviert, die wieder in Teilzeit oder nach der Familienphase in den Dienst zurückkehren. Das ist eine stabile Architektur.

– Das ist eine faule Ausrede. Das ist ein Versuch, das Problem zu vertuschen. Ersatzstellen für Altersteilzeit sind im Haushalt extra ausgewiesen, genauso wie Anwärter- und Leerstellen. Das hat nichts mit den unbesetzten Planstellen zu tun. Der ORH bezieht sich nämlich ausdrücklich auf die Planstellen.

In der aktuellen Antwort des Finanzministeriums auf eine Anfrage des Kollegen Thomas Mütze steht zudem, dass der Ist-Bestand zwischen 2010 und 2014 nur um knapp 200 Vollzeitstellen gestiegen ist. Ist das wirklich viel oder angemessen, wenn man betrachtet, wie unterbesetzt unsere Finanzverwaltung ist?

(Hans Herold (CSU): 2.000 Anwärter!)

Ich sage: Nein. Hier muss endlich etwas getan werden.

Bei der Kritik des ORH wollen wir differenziert und genau hinschauen. Bei den Einzelberatungen zu den einzelnen Kapiteln zum Beispiel sind wir nicht immer d'accord mit dem ORH. Es kommt aber auf die Art und Weise an und darauf, ob man es sachlich macht oder nicht. Bei den Trägern der Erwachsenenbildung heißt es, diese seien nicht ordnungsgemäß mit den Fördergeldern umgegangen. Man muss aber zwei Punkte anmerken: Zum einen ist die Frage, ob die Verantwortung vielmehr zum großen Teil beim Kultusministerium liegt. Das ist die Stelle, die die Fördergelder bewilligt und kontrollieren muss. Zum anderen finde ich es alles andere als hilfreich – in diesem Fall –, dass die Träger anonymisiert waren. Damit wurden alle Träger der Erwachsenenbildung in Haftung genommen. Die Vorwürfe gegen die Träger der Erwachsenenbildung wirkten somit pauschal.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Im Umgang mit dem Bayerischen Obersten Rechnungshof wünsche ich mir von der CSU und der Bayerischen Staatsregierung, und zwar nachhaltig, um noch einmal mit dem Ministerpräsidenten zu sprechen, mehr bayerische Staatsräson. In diesem Sinne entlasten wir natürlich den Bayerischen Obersten Rechnungshof; die Bayerische Staatsregierung entlasten wir nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. Für die Staatsregierung hat Herr Staatsminister Dr. Söder ums Wort gebeten. – Bitte schön, Herr Staatsminister.

Staatsminister Dr. Markus Söder (Finanzministerium): Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist schon beeindruckend: Der ORH selber entlastet die Staatsregierung und den Freistaat Bayern, die internationalen Finanzakteure loben den Freistaat Bayern, überall in der Welt bekommt der Freistaat Bayern von allen, die auch nur ein Minimum von Finanzen verstehen, ausdrückliches Lob. Nur hier im Landtag sagt die Opposition, sie kann die Staatsregierung nicht entlasten. Das ist ein einmaliger Vorgang in ganz Deutschland. Das lehnen wir ab.

(Beifall bei der CSU – Volkmar Halbleib (SPD): Ziemlich peinliche Nummer!)

Ist es Staatsräson, Frau Stamm, und wäre es eine Entlastung wert, Herr Strobl, wenn man wie in Nordrhein-Westfalen jedes Jahr viel mehr Schulden machen würde? Ist es Staatsräson, ist es eine Entlastung wert, wenn man in Schleswig-Holstein auf Kosten der Kinder spart und Lehrerstellen kürzt?

(Volkmar Halbleib (SPD): Bleiben Sie mal schön in Bayern!)

Machen Sie erst einmal woanders gute Arbeit, bevor Sie hier in Bayern belehren, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU – Thomas Mütze (GRÜNE): Mit Geld herumschmeißen kann jeder! Richtig mit Geld umgehen können Sie nicht!)

- Wer schreit und brüllt - -

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege Mütze, bitte etwas ruhiger!

(Volkmar Halbleib (SPD): Es war eine lustige Nummer vom Finanzminister!)

- Herr Kollege Halbleib, ich habe Ihnen heute viel Geduld entgegengebracht.

Herr Staatsminister, wenn Sie hier am Rednerpult stehen, versuchen Sie es eben von unten. Dann wird es schwierig. Herr Staatsminister, bitte.

Staatsminister Dr. Markus Söder (Finanzministerium): Vorhin wurde über Fußball gesprochen und all die Fragen. Eines muss man schon sagen: Man kann immer etwas kritisieren und verbessern. Wenn Sie fragen, wer in welcher Liga spielt, dann lautet die Antwort, dass der Freistaat Bayern finanzpolitisch in einer eigenen Liga spielt, in der sonst niemand in Deutschland spielt, meine sehr verehrten Damen und Herren. Das bestätigen auch die anderen Bundesländer, nämlich wenn sie gern am bayerischen Erfolg über den Länderfinanzausgleich partizipieren.

(Beifall bei der CSU)

Auch das sei einmal gesagt.

Zu unserer Finanzarchitektur. Ich muss das einmal ausdrücklich sagen. Wie ist es woanders, und wie ist es bei uns? Ich finde, der Vergleich ergibt ein Gesamtbild. Meine Damen und Herren, in anderen Bundesländern macht man massiv Schulden.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Der Freistaat Bayern macht seit Jahren keine Schulden.

(Volkmar Halbleib (SPD): Versteckte Schulden!)

Der Freistaat Bayern baut Schulden ab und wird damit zum Vorbild für viele andere Länder. Wir tilgen Schulden. Wir haben den Schuldentilgungsplan übrigens schon lange vorgestellt, haben gezeigt, wie wir diese Schulden tilgen werden. Wir haben die letzten Jahre doch in der Praxis bewiesen, dass wir Schulden tilgen. Nennen Sie mir ein anderes Bundesland in Deutschland, das die Schuldentilgung so kräftig, nachhaltig und wiederholt – und auch im nächsten Doppelhaushalt wird es so sein – vornimmt. Meine Damen und Herren, mit unserer Schuldentilgung betätigen wir am Ende nicht nur Schuldenbremsen, sondern setzen Maßstäbe für die Finanzpolitik in Deutschland und ganz Europa. Kein anderer tilgt Schulden so wie der Freistaat Bayern.

(Beifall bei der CSU)

Wir investieren. Wenn das Argument kommt, der Haushalt wächst, dann sage ich: Zum Glück wächst Bayern. Es wächst zwar noch nicht überall gleich stark, an manchen Stellen mehr als an anderen. Auf diese Form des Wachstums Bayerns reagieren wir aber in unserem Haushalt mehr als jedes andere Bundesland, zum Beispiel indem wir helfen und die Konjunktur durch Investitionen in Schule und Wissenschaft stärken, durch mehr Stellen für Kinder, Lehrer und Bildung, aber auch durch den Ausbau von Regionalförderung und den kommunalen Finanzausgleich. Im kommunalen Finanzausgleich leisten wir Unterstützung mit acht Milliarden. Wir geben Stabilisierungshilfen für strukturschwache Räume. Anderswo in Deutschland macht man Rückbauprogramme; in Bayern macht man Aufbauprogramme. Deshalb ist dieses Wachstum mehr als gerechtfertigt.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Staatsminister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Mütze?

Staatsminister Dr. Markus Söder (Finanzministerium): Nein. Später. Dann gibt es eine Bemerkung. - Wir machen also keine Schulden, sondern wir tilgen.

Wir haben in Westdeutschland die höchste Investitionsquote. Außerdem sind wir in der Lage, Geld zurückzulegen. Wir stärken die Rücklagen für schwierige Zeiten. Herr Pohl und andere fragen: Wer weiß, was kommt, welche Schwierigkeiten auftreten können? Die Weltwirtschaft kann sich immer ungünstig entwickeln. Wenn ich das Prinzip der Voraussicht für ein Land einhalte, dann heißt das, alte Schulden zu tilgen und Verbindlichkeiten abzubauen; man investiert, um neue Stärke zu gewinnen, und man legt Geld zurück für alle Eventualitäten. Ich weiß nicht, wie man anders vorgehen sollte. Jeder von uns würde diesen Weg für sein Unternehmen und seine Familie einschlagen. So wie wir privat für unsere Familien vorsorgen würden, so sorgen wir für das ganze Land. Ich denke, dieser Weg ist richtig, und wir wollen ihn beibehalten.

(Beifall bei der CSU)

Ich sage ausdrücklich: Wir geben nicht mehr aus, als wir einnehmen. Der ORH hat dankenswerterweise einen Vorschlag gemacht, wie man das noch verbessern kann, den wir aufgreifen und umsetzen werden. Wir werden übrigens die Einzigen sein, die das tun. Andere Bundesländer, Herr Präsident, machen das ganz anders. Sie machen in ihren Steuerschätzungen sehr gute Rechnungen auf mit dem Ergebnis, dass sie jedes Mal am Ende des Jahres Haushaltslöcher haben. Wir planen und schätzen seit vielen Jahrzehnten konservativ und haben regelmäßig Mehreinnahmen. Diese Mehreinnahmen zeigen auch – das wird übrigens vom ORH als gute Haushaltsführung bestätigt, das steht ausdrücklich so im Bericht –, dass die Bewirtschaftung und Haushaltsführung so ist,

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

dass wir am Ende immer noch etwas mehr erwirtschaften, als wir eigentlich geplant haben. Das, meine Damen und Herren, ist ebenso ein gutes Zeichen. Andere Länder planen Mehreinnahmen, nehmen dann aber weniger ein und haben am Ende ein Minus. Der Freistaat Bayern plant vorsichtig, hat am Ende noch etwas übrig und stärkt damit die Sicherheit. Auch das ist ein einmaliger Vorgang. Wir halten das für gut. Wir bedanken uns für das Lob, dass wir ordentlich haushalten.

(Beifall bei der CSU)

Man könnte natürlich noch viel mehr tun. Es ist beeindruckend, dass in anderen Bundesländern ein ganz wichtiger Einnahmefaktor die Bayern sind. In anderen Bundesländern werden mit unserer Hilfe Haushalte aufgestellt. Von den dortigen Parlamenten wird das als selbstverständlich angenommen. Warum? – Weil es einen Länderfinanzausgleich gibt. Wir haben eine weiter explodierende Zahl im Länderfinanzausgleich und müssen 4,3 Milliarden Euro zahlen. Die neuen Prognosen sagen: Wenn sich nichts ändert, werden wir jährlich bis zu 5 Milliarden Euro – 5 Milliarden Euro! -, 10 % des gesamten Haushalts, an andere Bundesländer abgeben müssen.

Deswegen bin ich unserem Ministerpräsidenten und dem Bund dafür dankbar, dass jetzt eine – auch politische – Debatte darüber beginnt, wie wir die Bund-Länder-Finanzbeziehungen so ändern können, dass der Länderfinanzausgleich endlich gerecht wird, denn es kann nicht sein, dass man in Berlin jeder Familie einen Maxi-Cosi schenkt und wir diskutieren müssen, weil von vornherein 5 Milliarden Euro bayerisches Steuergeld weg ist. Das kann nicht sein.

(Beifall bei der CSU)

Helfen Sie auf Ihren politischen Ebenen mit!

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Seit wann erzählen Sie das schon? Das ist wie bei Cato!)

- Da hat es am Ende ja auch gewirkt.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Wie lange müssen wir noch warten?)

Sie wissen, wie der Kampf um Karthago ausgegangen ist. Wenn es so kommt, ist es gut.

Helfen Sie mit, dass sich die Bund-Länder-Finanzbeziehungen nicht so gestalten, wie es im Moment den Anschein hat, nämlich dass man sagt: Länderfinanzausgleich, na ja, aber noch wichtiger sind die Altschulden der SPD-Länder.

Das kann ein Thema sein. Wir akzeptieren, dass das Bestandteil des Verhandlungspakets ist. Aber am Ende kann in Deutschland nicht nur darüber gesprochen werden, dass selbst verursachte Schulden abzubauen sind, während die Bayern weiterhin hart arbeiten, fair wirtschaften, gute Ergebnisse erzielen und von ihrer Leistung immer weniger haben. Das ist unfair. Wir wollen einfach die Chance haben, dass sich der Fleiß der Bayern im Haushalt widerspiegelt. Bitte helfen Sie da mit.

(Beifall bei der CSU)

Ein weiterer Punkt ist das Personal; das ist mir schon wichtig. Vor einigen Wochen hat der Hauptausschuss des Bayerischen Beamtenbundes getagt. Es gab Vorgespräche von Ingrid Heckner bei der Finanzgewerkschaft. Wenn alles so wäre, wie Sie sagen, müsste die Lage des Beamtenbundes schwierig sein.

(Volkmar Halbleib (SPD): Fragen Sie einmal nach!)

- Ich war dabei und habe eine Rede gehalten.

(Volkmar Halbleib (SPD): Fragen Sie bei der Finanzgewerkschaft nach!)

Ich werde ja immer eingeladen und bin überall dabei. Die Finanzgewerkschaft ist genauso wie der Beamtenbund durchaus in der Lage, ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen.

Wir haben in den letzten Jahren erlebt, was passiert, wenn die Situation schwierig ist. Da wird Klartext formuliert. In dieser Frage gibt es keinen Kuschelkurs, und das ist auch in Ordnung. In den letzten Jahren gab es wie auch in diesem Jahr, kann man sagen, große Unterstützung, Sympathie und Akzeptanz für den Kurs, den wir einschlagen.

Wie war die Situation im letzten Jahr bei der Tariferhöhung im öffentlichen Dienst? - Viele Bundesländer übernahmen sie nicht oder nur teilweise. Oder sie führten ein Zwei-Klassen-System ein, indem nur bestimmte Beamte mehr bekamen und andere nicht oder indem die Beamten warten mussten. Wir haben gesagt: Bei uns gibt es bei den Beamten und Angestellten keine Zwei-Klassen-Gesellschaft. Wir schätzen den ganzen öffentlichen Dienst, und deswegen hat jeder bayerische Beamte, egal, an welcher Stelle er arbeitet, das Recht, angemessen alimentiert zu werden. Wir haben die Besoldung gut geregelt, und wir werden sie weiter gut regeln. Deswegen ist es besser, Beamter in Bayern zu sein als sonst wo in Deutschland.

Die Zahl der Steuerfahnder haben wir seit 2009 um 15 % erhöht; es gab insgesamt für die Steuerverwaltung 700 neue Stellen und 600 Anwärter. Darüber wird beim Haushalt

immer aktuell diskutiert. Wir bauen hier tatsächlich Personal auf, was übrigens nicht ganz leicht ist. Denn der Oberste Rechnungshof hat gesagt: Gebt auf der einen Seite für das Personal weniger aus und baut auf der anderen Seite Personal auf. Das ist zunächst einmal eine sportliche intellektuelle Herausforderung, und wir versuchen auch, sie anzugehen, wie wir das immer tun. Wir versuchen, die Balance zu halten. Man muss wissen: Steigende Personalquoten sind nicht eine Haushaltsherausforderung für das laufende Jahr, werden aber über die Pensionen eine Haushaltsherausforderung für die Zukunft sein.

Ein letzter Satz noch zur Steuerpolitik, weil mir das wichtig ist. Die Ausgangslage der Großen Koalition in Berlin war zunächst ganz schwierig. Ich weiß das, weil ich außer dem Ministerpräsidenten in dieser Frage am stärksten beteiligt war und weil ich der Arbeitsgruppe mit dem Bundesfinanzminister und den SPD-Finanzministern angehört habe.

Die Ausgangslage waren massivste Steuererhöhungsforderungen. Es ist am Ende gemeinsam – das sage ich ausdrücklich – gelungen, die Steuern für die Bürger und für die Wirtschaft in Deutschland nicht zu erhöhen. Zum Zweiten ist vereinbart worden – das halte ich auch für wichtig -, dem Land durch Investitionen Konjunkturimpulse zu geben. Davon profitiert auch Bayern. Denken Sie an die Situation der Kommunen. Die Stärkung des Bundesleistungsgesetzes war für die regionale Investition und damit die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit im ländlichen Raum – ich nehme an, Sie haben das gleiche Interesse wie wir, ihn zu unterstützen – ein gutes Signal.

Deswegen macht es, meine Damen und Herren, in der Strategie durchaus Sinn, die Steuern nicht zu senken und dazu Investitionsimpulse zu setzen. Natürlich bleibt das Thema bei uns auf der Agenda. Das Kabinett hat es diese Woche ausdrücklich noch einmal beschlossen. Wenn sich die Spielräume weiter öffnen werden, also ab dem Jahr 2017, werden wir – wir machen dazu auch einen Vorschlag – sehr schnell und massiv an dieses Thema herangehen. Jetzt geht es darum, Deutschland zu stabilisie-

ren und zu stärken und dann die Bürger weiter zu motivieren. Das ist ein guter Dreiklang.

Bitte helfen Sie da mit. Die FREIEN WÄHLER sind ja europaweit im Einsatz, wenn auch nicht überall im Parlament, so doch zumindest an einer Stelle, in anderen Länderparlamenten irgendwann vielleicht auch, aber nicht ganz so durchschlagskräftig. Helfen Sie überall mit. Dann ist es sicher kein Problem, es zu schaffen.

Gestern Abend hat die Montgelas-Gesellschaft Preise verliehen. Einer ging an mich, aber nicht an mich als Person, sondern stellvertretend für den Freistaat Bayern. Einige Kollegen waren dort; auch von der Opposition waren einige dort. Laudator war der ehemalige französische Finanzminister Eric Woerth unter Sarkozy: Der Freistaat Bayern sei finanziell ein Leuchtturm in Europa und ein Vorbild; er kenne keine Region und kein Land, die derart wirtschafteten und eine derart erfolgreiche Finanzpolitik machten; er würde sich wünschen, dass man in seinem Heimatland, in Frankreich, wenigstens annähernd so operieren würde.

Meine Damen und Herren, wenn Bayern in Europa gelobt wird, bitte ich einfach nur darum, dass man bei uns fair miteinander umgeht. Sie müssen die Staatsregierung nicht immer entlasten. Aber seien Sie so fair zuzugeben, dass wir in der Finanzpolitik tatsächlich der Leuchtturm in Deutschland sind. Dieser Leuchtturm wollen wir auch bleiben, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Eine Zwischenbemerkung: Herr Kollege Mütze.

Thomas Mütze (GRÜNE): Herr Minister, ich hatte gedacht, ich hätte am Geburtstag einen Wunsch frei. Ich habe zwei Fragen und eine Anmerkung. Ist es richtig, Herr Minister, dass Sie seit Jahren trotz Rekordeinnahmen mehr ausgeben, als Sie einnehmen, also einen strukturell unterfinanzierten Haushalt haben? Und ist es richtig, dass Sie seit Jahren auf Rücklagen zurückgreifen müssen?

Die weitere Frage ist: Was machen Sie, der Sie ja ein guter Finanzpolitiker sind, wenn die Steuereinnahmen einmal nicht mehr so sprudeln? Die Kolleginnen und Kollegen, die länger hier sind, wissen, was 2003/2004 passiert ist. Was machen Sie, wenn Sie nicht mehr über sprudelnde Steuereinnahmen verfügen und nicht mehr mit Geld um sich werfen können? Denn das kann jeder.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Staatsminister.

Staatsminister Dr. Markus Söder (Finanzministerium): Herzlichen Glückwunsch zum Geburtstag. Alles Gute!

(Zuruf von der SPD: Das kam sehr aus dem Herzen; das hat man gespürt! – Heiterkeit)

- Lieber Herr Mütze, ich wünsche Ihnen von Herzen alles Gute.

(Volkmar Halbleib (SPD): Geht doch!)

Mögen alle Wünsche in Erfüllung gehen. Mögen Sie von Ihrer Partei genauso freundlich behandelt werden wie von uns!

(Allgemeine Heiterkeit – Volkmar Halbleib (SPD): Wie Sie von Ihrer Partei!)

Ich wünsche Ihnen wirklich alles, alles Gute. Ich hatte mich schon gewundert, dass Sie sich an Ihrem Geburtstag so erregen. Aber das ist schon in Ordnung.

Sie haben von zwei Fragen und einer Bemerkung gesprochen. Die Bemerkung war wahrscheinlich, dass wir gute Finanzpolitiker sind. Dafür vielen Dank.

Geben wir mehr Geld aus, als wir einnehmen? - Nein. Wir planen am Anfang des Jahres konservativ. Wir haben im Lauf eines Haushaltsjahres immer wieder deutlich mehr erwirtschaftet. Was passiert nun mit dem mehr Erwirtschafteten? Es geht in die Rücklage; denn die Rücklage ist kein Festgeldkonto, sondern quasi das Konto des Frei-

staats Bayern. Die Rücklage wird dann im neuen Haushaltsjahr verwendet. Wir geben also nicht mehr Geld aus, als wir einnehmen.

Die Planung wird übrigens – das sage ich heute schon voraus – das ganze Parlament noch vor spannende und schwierige Fragen stellen. Denn dann wird an einer anderen Stelle Maß zu halten und Disziplin zu üben sein. Deswegen ist auch der zweite Teil relativ klar; so ist es immer. Es ist nun einmal so, dass man nur das ausgeben kann, was man hat. Wenn man nicht mehr hat, dann kann man auch nicht mehr ausgeben. Deshalb gibt es Wachstumsbegrenzungen.

Sie fragen, was passiert, wenn es weniger Steuereinnahmen gibt. Weniger Steuereinnahmen gibt es dann, wenn die Konjunktur einbricht, sage ich einmal als Beispiel. Diese wird nicht einbrechen, weil wir in Berlin versuchen, die makroökonomischen Rahmenbedingungen so zu setzen, dass der wirtschaftliche Erfolg erhalten bleibt. Deshalb wäre es falsch, den Stabilitätspakt in Europa jetzt aufzuweichen

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

und einen weichen Euro zu riskieren. Der gesamte Finanzmarktärger käme sonst vielleicht erneut, und wir stünden in einem Vierteljahr vor derselben Problematik. Deshalb bin ich froh, dass die Bundeskanzlerin alle Mitglieder der Regierung überzeugen konnte, an einer klaren Haltung zum Stabilitätspakt festzuhalten.

(Beifall bei der CSU)

Das zweite Element – deshalb ist unser Haushalt mit seiner Investitionsquote so wichtig - sind die Investitionen. All das, was wir hier in Forschung, in Wissenschaft und in Infrastruktur investieren, und auch die kommunalen Finanzen dienen vor allem dazu, selbst bei rauerem Wind und bei konjunkturellen Problemen – möglicherweise national – einen eigenen landespolitischen Impuls zu setzen, damit man sieht, dass Bayern auch in stürmischen Zeiten gut gerüstet ist.

Das Motto, das wir an anderer Stelle propagieren, heißt Prävention und Reaktion. Das hat der Ministerpräsident diese Woche in mehreren Besprechungen gebraucht und das hat mir gut gefallen: Prävention und Reaktion. Prävention heißt, sukzessive aufzubauen, und Reaktion heißt, wenn wirklich einmal etwas passiert, auch die Kraft zu haben, einzelnen Regionen zu helfen, wie beispielsweise in Fürth bei Quelle oder wie wir jetzt in Kronach herangehen. Das ist eine vorausschauende Politik.

Wir können nicht alles allein mit dem Landtag schaffen. Wir sind nicht die Österreicher, die ein Gesetz machen und sagen können: Wir haben keine Schulden mehr. Das geht nicht. Aber wenn es darum geht, vorausschauend zu reagieren – das tun wir –, und wenn Sie weiterhin aktiv mithelfen – das wäre jetzt mein kleiner Geburtstagswunsch an Sie –, das zu stärken, dann ist das ein gutes Einvernehmen und dann können wir gemeinsam eine gute Geburtstagsfeier machen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Staatsminister, Herr Kollege Pohl hat seine Redeabsicht bisher nicht angezeigt. Ich bitte um Nachsicht. Bitte schön, Herr Kollege Pohl, eine Zwischenbemerkung.

Staatsminister Dr. Markus Söder (Finanzministerium): Hat er auch Geburtstag?

(Heiterkeit)

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Jeder Mensch hat Geburtstag, aber nicht alle am gleichen Tag. Ich habe erst im November. - Herr Staatsminister und Leuchtturm-Preisträger, gestatten Sie mir zwei Anmerkungen. Zunächst einmal sage ich: Das österreichische Gesetz wollen wir zu einem anderen Zeitpunkt diskutieren.

Erste Anmerkung: Wenn man bei einer Bundestagswahl die absolute Mehrheit knapp verfehlt, dann weiß ich nicht, ob man es als Erfolg verkaufen kann, wenn sich steuerpolitisch nichts ändert, obwohl man im Wahlkampf anderes versprochen hat. Das ist

aber eine Bewertung, die Sie treffen müssen. Wir jedenfalls verlangen, dass Sie das, was Sie versprochen haben, auch halten, nämlich den unverzüglichen Abbau der kalten Progression.

Die zweite Bemerkung: Sie fragten, warum keine Entlastung erteilt wird. Das hat nichts mit einer Negativhaltung zu tun, dass man grundsätzlich gegen etwas stimmt. Ich habe mich sehr differenziert mit der bayerischen Haushalts- und Finanzpolitik auseinandergesetzt. Wir begründen unsere Ablehnung – auch das habe ich deutlich gesagt – mit der Schieflage zulasten der Kommunen. Das ist der Grund, und das sollte hier durchaus nochmals gesagt werden. - Wir erkennen an, dass Schulden zurückgezahlt werden, wobei Sie einräumen müssen, dass die Schuldentilgung aus der Rücklage genommen wird. Das sollte man ehrlicherweise hinzufügen.

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Staatsminister, bitte.

Staatsminister Dr. Markus Söder (Finanzministerium): Zur Frage der Entlastung: Wenn ich Sie richtig verstanden habe, dann sagen Sie, dass es schlecht für die Kommunen sei. Wir stimmen sicherlich in der Auffassung überein, dass wir jetzt ein neues Rekord-FAG mit 8 Milliarden Euro haben. Wir stimmen darin überein, dass wir Elemente haben, besonders für den ländlichen Raum, die mit den Stabilisierungshilfen im deutschlandweiten Vergleich relativ gut sind. Die kommunalen Spitzenverbände – darin sind sowohl Vertreter meiner eigenen Partei als auch aus anderen Parteien vertreten – haben ausdrücklich anerkannt und es für ihre Verhältnisse sogar gelobt, wenn ich den Vorsitzenden des Städtetags nehme, dass die derzeitige Kommunalausstattung in Deutschland herausragend ist. Wenn uns die kommunalen Spitzenverbände quasi politisch eine Entlastung geben, hätten die FREIEN WÄHLER diese Grandezza an der Stelle auch haben können; es sei ihnen überlassen, dies zu tun.

Zweitens, noch einmal zur kalten Progression: Dass deren Abbau uns ein Anliegen ist, ist doch keine Frage. Es geht aber auch um politische Mehrheiten. Im Herbst letzten Jahres war das Wahlergebnis vielleicht für den einen oder anderen anders, als er es

sich vorgestellt hatte. Aber es gehört zur Verantwortungsgemeinschaft der Politik, dass man am Ende eine stabile Regierung für das gesamte Land bildet.

Die Große Koalition hat zwar auch schwierige Momente, aber sie ist eine stabile Regierung, die Deutschland angemessen ist. Das muss man ausdrücklich sagen. Deswegen arbeiten wir hart daran, die Elemente, die uns wichtig sind, einzusetzen. Wenn man die Situation Deutschlands mit der Lage anderer Länder vergleicht, dann kann man sagen, dass wir derzeit in Berlin stark und stabil für Europa geführt werden. Das ist ein großer Mehrwert, und wir werden auch die anderen Dinge sukzessive umsetzen. Wie gesagt, wenn Sie uns begleiten – mit Frau Müller im Europaparlament und die anderen APOs in den anderen Bundesländern –, dann werden wir den entsprechenden Erfolg haben. Vielen Dank.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Danke, Herr Staatsminister. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aussprache geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Tagesordnungspunkte wieder getrennt. Ich lasse zunächst über den Tagesordnungspunkt 2 abstimmen. Der Abstimmung liegt die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen, Drucksache 17/2301, zugrunde. Ich gehe davon aus, dass über die einzelnen Nummern getrennt abgestimmt werden soll. – Das ist der Fall.

Nach Nummer 1 der Beschlussempfehlung soll der Staatsregierung aufgrund der Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2012 und des Jahresberichtes 2014 des Bayerischen Obersten Rechnungshofs gemäß Artikel 80 der Verfassung des Freistaates Bayern und Artikel 114 Absatz 2 der Bayerischen Haushaltsordnung für das Haushaltsjahr 2012 Entlastung erteilt werden. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Die CSU. Gegenstimmen? – SPD, FREIE WÄHLER, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? – Keine. Dann ist das so beschlossen.

Nach Nummer 2 der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen soll die Staatsregierung gemäß Artikel 114 Absätze 3 und 4 der Bayerischen Haushaltsordnung ersucht werden, entsprechend den Buchstaben a) bis j) eine Reihe von Maßnahmen zu veranlassen und hierzu dem Landtag zu berichten. Im Einzelnen verweise ich auf die Drucksache 17/2301.

Ich lasse zunächst über den Buchstaben c), zu dem kein einstimmiges Ausschussvotum vorliegt, einzeln abstimmen. Wer dem Buchstaben c) seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen – CSU, SPD und FREIE WÄHLER. Gegenstimmen? – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? – Keine. Das ist ebenfalls so beschlossen.

Ich lasse gemeinsam über die einstimmig beschlossenen Buchstaben a), b) und d) mit j) der Nummer 2 abstimmen. Wer der Nummer 2 insoweit zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die CSU, die SPD, die Fraktion der FREIEN WÄHLER und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Keine. Stimmenthaltungen? – Auch keine. Dann ist auch das so beschlossen. Der Nummer 2 der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen ist damit in allen Punkten zugestimmt worden.

Nach Nummer 3 der Beschlussempfehlung empfiehlt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen dem Landtag, gemäß Artikel 114 Absatz 2 der Bayerischen Haushaltsordnung festzustellen, dass entgegen der Zusage des Staatsministeriums der Finanzen aus dem Jahr 2010 ein funktionierendes IT-Verfahren für die Steuererklärungen großer Personengesellschaften immer noch nicht im Einsatz ist. Wer der Nummer 3 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die CSU, die SPD, die Fraktion der FREIEN WÄHLER und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Keine. Stimmenthaltungen? – Auch keine. Der Nummer 3 der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses ist ebenfalls zugestimmt worden.

Damit ist der Staatsregierung nach Maßgabe der soeben beschlossenen Ersuchen und Feststellungen die Entlastung für das Haushaltsjahr 2012 gemäß Artikel 80 der Verfassung des Freistaates Bayern und Artikel 114 Absatz 2 der Bayerischen Haushaltsordnung erteilt.

Ich bedanke mich in Anwesenheit des Herrn Ministerpräsidenten. Die Staatsregierung ist entlastet. Herzlichen Glückwunsch dazu und weiterhin ein gutes Gelingen den beiden Verfassungsorganen Staatsregierung und Bayerischer Landtag in ihrer Zusammenarbeit. Danke schön.

(Beifall bei der CSU)

Ich lasse nun über den Tagesordnungspunkt 3 abstimmen.

Nach der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf der Drucksache 17/2302 soll dem Bayerischen Obersten Rechnungshof die Entlastung für das Haushaltsjahr 2012 erteilt werden. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – CSU, SPD, FREIE WÄHLER, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen! – Keine. Stimmenthaltungen? – Auch keine.

Damit ist dem Bayerischen Obersten Rechnungshof gemäß Artikel 101 der Bayerischen Haushaltsordnung ebenfalls in Anwesenheit des Präsidenten des Bayerischen Obersten Rechnungshofes, Herrn Fischer-Heidlberger, die Entlastung erteilt. Herr Fischer-Heidlberger, ich gehe davon aus, dass Sie heute mit dem Verfassungsorgan Bayerischer Landtag hochzufrieden sind.